

Landtagswahl 2004

**Einstimmiger Beschluß
des 17. Parteitages der CDU Brandenburg
Potsdam, 19. Juni 2004**

Brandenburg kann mehr.

***Regierungsprogramm
der CDU Brandenburg
2004 - 2009***

CDU. Die Brandenburgpartei.

	Seite
Wahlaufruf	3
Gesagt - Getan. Wir bringen Brandenburg voran!	4
I. Für eine starke Wirtschaft. Für ein lebenswertes Land.	8
II. Wir machen Schule!	17
III. Für Jung und Alt: Sicherheit.	21
IV. Zuhause in Brandenburg.	26
V. Landwirtschaft hat Zukunft!	34
VI. Umwelt- und Naturschutz mit den Menschen.	36
VII. Schlanker Staat. Solide Finanzen. Starke Kommunen.	38
VIII. Für ein starkes Brandenburg im Herzen Europas!	41

Wahlaufruf

Wir, die Brandenburgerinnen und Brandenburger, entscheiden am 19. September 2004, welchen Kurs unser Land künftig nehmen wird. Wir entscheiden gemeinsam, ob Brandenburg Kurs hält, oder sich mit politischen Experimenten wieder ins Abseits manövriert.

Aber es geht um mehr. Die Landtagswahl 2004 ist eine Abstimmung darüber, was Vorrang haben soll: Mehr Arbeitsplätze - oder mehr Bürokratie und Naturschutzideologie.

Wir machen ernst! Für uns haben Investitionen in vorhandene und neue Arbeitsplätze Vorrang.

Diese Wahl ist auch eine Abstimmung über die bisherige und künftige Schulpolitik. Es geht um mehr Leistung - anstelle von mehr Gleichmacherei.

Wir kämpfen um jede Stimme, weil wir wollen, daß Brandenburgs Schülerinnen und Schüler so schnell wie möglich mindestens das gute sächsische Bildungsniveau erreichen. Machen Sie diese Landtagswahl mit uns gemeinsam zum Wendepunkt für bessere Schulen und besseren Unterricht in Brandenburg!

Fünf Jahre große Koalition waren unterm Strich fünf erfolgreiche Jahre für Brandenburg. Dazu stehen wir. Das Anpacken und Lösen von Problemen ist nach wie vor der beste Weg für Brandenburg.

Was zählt, ist die bessere Politik für Brandenburg. - Klarheit, Glaubwürdigkeit und Kompetenz entscheiden!

Gehen Sie wählen. Nutzen Sie Ihre Stimme.

Bringen wir Brandenburg gemeinsam weiter voran!

Gesagt - Getan. Wir bringen Brandenburg voran!

Die Brandenburgerinnen und Brandenburger haben sich 1999 für Veränderungen und gegen das Verschleppen von Reformen entschieden.

Wir haben fünf Jahre hart gearbeitet und notwendige Veränderungen auf den Weg gebracht. Das wollen wir weiterführen. Denn es bleibt noch viel zu tun.

Nicht alle Probleme im Land konnten wir in so kurzer Zeit lösen. Zudem hatten wir mit heftigem Gegenwind der Bundesregierung zu kämpfen. Wenn überall in Deutschland die Wirtschaft leidet, die Arbeitslosigkeit ansteigt und die öffentlichen Haushalte zusammenbrechen, dann geht das auch an Brandenburg nicht spurlos vorbei.

In der Schulpolitik hat es wichtige Veränderungen gegeben. Aber wir haben das Klassenziel noch nicht erreicht.

Dennoch: Es geht in Brandenburg voran! Die Richtung stimmt! - Stillstand ist Aufbruch gewichen.

Wir, die Union, haben unsere Hausaufgaben gemacht. Wir haben Wort gehalten und in der Regierung das umgesetzt, was wir den Bürgerinnen und Bürgern im Wahlkampf 1999 versprochen hatten.

Für uns gilt: Gesagt - Getan.

Gesagt: Eine wirtschaftsfreundliche Politik.

Getan! Wir haben dafür gesorgt, daß die Schaffung von Arbeitsplätzen Vorrang vor ideologischem Naturschutz oder ähnlichen Einschränkungen hat. Außerdem wurden die Weichen für eine erfolgreiche Wirtschafts- und Förderpolitik gestellt. Statt wie früher rund 60 % (1998: 58 %) fließen heute über 80 % der Wirtschaftsfördermittel in kleine und mittlere Unternehmen.

Gesagt: Stärkung der Wirtschaftskraft.

Getan! Brandenburg hat die höchste Arbeitsproduktivität in den neuen Ländern. Wir haben das Handwerkerinvestitionsprogramm auf den Weg gebracht und mit der Zukunftsagentur Brandenburg (ZAB) eine One-Stop-Agency für investitionswillige Unternehmer geschaffen. Es gilt der Grundsatz: Beratung und finanzielle Förderung aus einer Hand. Das kommt bei den Investoren gut an und schafft neue Arbeitsplätze!

Gesagt: Anwerbung von Investoren. Neue Unternehmen.

Getan! Beispiele sind eBay in Dreilinden mit 500 neuen Arbeitsplätzen oder Vestas in Lauchhammer mit 450. Der Triebwerkhersteller MTU in Ludwigsfelde hat allein im Jahr 2002 fast 300 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Wichtige Investitionen erfolgten in Schwedt (Leipa Papierwerke), Schwarze Pumpe (Hamburger AG), Baruth (Holzkompetenzzentrum) und Falkenhagen (Elbe-Oel AG), Elsterwerda (Campina), Vetschau (Iris-Ceramica), Bad Liebenwerda (Mineralquellen). In der gewerblichen Wirtschaft konnten 12.000 Arbeitsplätze neu geschaffen und 39.000 gesichert werden. Das bedeutet: 51.000 mal gesicherte Einkommen und Perspektiven für Familien und junge Menschen hier in Brandenburg!

Gesagt: Existenzgründeroffensive.

Getan! Wir haben Existenzgründungen gezielt gefördert und Brandenburg zum Gründerland gemacht. In keinem neuen Bundesland gehen so viele Bürger einer selbständigen Tätigkeit nach wie in Brandenburg (2002: 10,6 %).

Gesagt: Bildung muß Priorität haben.

Getan! Der Bildungshaushalt 2004 ist erstmals der größte Einzelposten im Landeshaushalt. Mit dem 1999 aufgelegten Schulbauprogramm wurde der Neu-, Aus- und Umbau von Schulen jeder Art unterstützt.

Gesagt: Eine Bildungsoffensive für Brandenburg.

Getan! Leistung zählt an Brandenburger Schulen nach neun Jahren Fehlversuch wieder. Wir fördern Leistungsbereitschaft und Vergleichbarkeit durch zentrale Prüfungen.

Gesagt: Vorfahrt für Familien und Kinder in Brandenburg.

Getan! Wir haben familiennähere Formen der Kinderbetreuung zum Beispiel durch Tagesmütter ermöglicht, die Familienberatung - trotz sinkender Einnahmen im Landeshaushalt - erhalten und für Bildungsstandards in der Kita gesorgt.

Gesagt: Null Toleranz gegenüber Gewalt und Verbrechen.

Getan! Die Zahl der Straftaten konnte 2003 im Vergleich zu 1999 um über 6.000 gesenkt werden. Das heißt: 6.000 Opfer weniger. Nie wurden in Brandenburg so viele Verbrechen aufgeklärt wie unter Regierungsverantwortung der CDU. Die Aufklärungsquote hat 2003 mit 57,5 % den höchsten Wert seit 1990 erreicht (1995: 45,4 %, 1999: 53,1 %). Zum vierten Mal in Folge ging im vergangenen Jahr die Kinder- und Jugendkriminalität zurück. Nie zuvor wurde in Brandenburg auch so konsequent und repressiv gegen jede Form des politischen Extremismus vorgegangen. Bei uns gibt es keine „Chaos-Tage“. - Darauf sind wir stolz! Das muß und wird so bleiben.

Gesagt: Mehr Grün auf die Straße.

Getan! Mit der Polizeireform haben wir die Polizeipräsenz im Land um 200 Polizisten erhöht und Bürokratie abgebaut. Bei der neu geschaffenen Autobahnpolizei sind 365 Beamte im Einsatz. Unsere Polizisten wissen: Die Politik steht hinter ihnen. Für die Polizei wurden 450 neue Streifenwagen, zwei moderne Helikopter und neueste Schutzwesten angeschafft. - Für uns hat die Sicherheit der Bürger einen hohen Wert.

Gesagt: Sichere Gefängnisse. Moderne Justiz.

Getan! Wir haben die Sicherheit der Gefängnisse zur Chefsache gemacht. Ergebnis: Seit Oktober 1999 hat es in Brandenburg keinen Ausbruch mehr aus dem Strafvollzug gegeben. Mit der Justizvollzugsanstalt Duben wird in diesem Jahr die vierte neue Haftanstalt zur Verfügung stehen. Die Anzahl der Richter wurde erhöht. Wir haben die Justiz mit der Einführung des elektronischen Grundbuches und des elektronischen Rechtsverkehrs bürgerfreundlicher und moderner gemacht.

Gesagt: Schlanke Verwaltung. Weniger Bürokratie.

Getan! Die Zahl der Ministerien wurde verringert und in der Landesverwaltung wurden seit 1999 bereits über 5.000 Stellen abgebaut. Bis Ende 2006 werden es über 10.000 sein. Wir haben damit begonnen, Schneisen in den Dschungel der Bürokratie zu schlagen: So wurden allein im Innenministerium die Hälfte der Verordnungen gestrichen. - Mehr Freiheit für die Bürger, weniger Staat. Auf diesem Leitgedanken baut unsere Politik auf. Wir vertrauen dem Bürger mehr als den Bürokraten!

Gesagt: Mehr Geld für die Hochschulen.

Getan! Trotz der schwierigen Haushaltslage gibt es für die Hochschulen mehr Geld. Bis zum Jahr 2007 werden 3.500 neue Studienplätze geschaffen. Zugleich verfügen wir seit der Einführung des bundesweit beachteten, innovativen Modells der leistungsorientierten Hochschulfinanzierung in Brandenburg über ein Instrument, das für transparente Mittelverwendung, Gerechtigkeit und mehr Wettbewerb sorgt. Der Hochschulbau konnte entschieden vorangetrieben werden. Beispiele sind der Neubau der Unibibliothek in Cottbus, der Ausbau der Fachhochschulen in Wildau und Potsdam sowie die Erweiterung der Universität Potsdam insbesondere am Standort Golm.

Gesagt: Kommunen stärken und zukunftsfähig machen.

Getan! Mit der Kommunalreform haben wir für professionelle und effiziente Strukturen gesorgt. Viele Jahre wurde nur diskutiert. Wir aber haben gehandelt! Mit Vernunft und Augenmaß. Die Kirche ist im Dorf geblieben und die Feuerwehr auch ... - Mit Ausdauer und guten Argumenten haben wir die Mitbürger überzeugt und die Mehrzahl der Kommunen haben sich freiwillig zusammengeschlossen.

Das alles sind die Ergebnisse der harten Arbeit aller Brandenburgerinnen und Brandenburger. Ohne Sie hätten wir das nicht erreichen können. Wir haben gemeinsam angepackt und unser Land mutig nach vorne gebracht. Darauf sind wir stolz.

Wir wollen den Karren weiter ziehen!

Wir bieten dafür Inhalte, Konzepte und markante Köpfe.

I. Für eine starke Wirtschaft. Für ein lebenswertes Land.

Wirtschaftlicher Erfolg erfordert harte Arbeit. Wir sind dazu bereit und werden die notwendigen Entscheidungen treffen. - Der wirtschaftliche Erfolg wird vom Engagement der Unternehmer, der sozialen Verantwortung und dem Fleiß der Arbeitnehmer bestimmt.

Wir stehen für eine wirtschaftsfreundliche Politik in Brandenburg. Das ist eine Politik, die vorhandene Arbeitsplätze sichert, Impulse für neue Arbeitsplätze gibt und dafür sorgt, daß Betriebe expandieren und Existenzgründungen erfolgreich sein können.

Unsere Ziele sind: Weniger Bürokratie - mehr Arbeit!

Brandenburg muß durch den Abbau von Normen und Standards zu den investitionsfreundlichsten Ländern zählen.

Die Arbeitslosigkeit ist die zentrale Herausforderung unserer Zeit. Nur durch die Stärkung der heimischen Wirtschaft werden mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie höhere Einkommen Wirklichkeit.

Insbesondere Handwerk und Mittelstand sind Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in Brandenburg. Sie bedürfen eines investitionsfreundlichen Klimas sowie der Unterstützung und Förderung. Dies zu gewährleisten, steht im Mittelpunkt unserer Wirtschaftspolitik.

Die Kleinen sind für uns die Größten!

Wir werden:

1. Die begonnene Mittelstandsoffensive konsequent fortsetzen.
2. Ein Investitionserleichterungsgesetz auf den Weg bringen.
3. Die öffentliche Auftragsvergabe durch ein Landesvergabegesetz mittelstandsfreundlicher und transparenter gestalten.

4. Kleinen und mittleren Unternehmen mit einer optimierten Wirtschaftsförderung und Beratung zur Seite stehen.
5. Existenzgründer weiterhin gezielt fördern.
6. Uns dafür einsetzen, daß alle Gelder, die vom Bund und der Europäischen Union für die Wirtschaftsförderung bereitgestellt werden, durch das Land kofinanziert werden.
7. Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung noch enger verzahnen.
8. Die Bearbeitungszeiten in den Finanzämtern verkürzen.
9. Für mehr Unternehmergeist werben und eine Kampagne „Ich bin mein eigener Chef“ ins Leben rufen, die jungen Menschen den Schritt in die unternehmerische Selbständigkeit nahe bringt.
10. Für eine radikale Vereinfachung des Steuerrechts und für eine Steuerentlastung der Bürger und Unternehmen eintreten.
11. Initiativen zur Verbesserung der Zahlungsmoral vorantreiben.

Wir appellieren an die Banken, für eine mittelstandsfreundliche Kreditvergabe- politik zu sorgen. Wir selbst werden mit den Instrumenten des Landes auf eine mittelstandsfreundliche Kreditvergabe hinwirken und dem Mittelstand bei der Überwindung von Finanzierungsproblemen helfen.

Wir sagen Ja zum aktiven Werben und Nein zum passiven Abwarten. Deshalb werden wir eine Werbe- und Imagekampagne für Brandenburg initiieren.

Wachstum und Beschäftigung durch weniger Bürokratie!

Wir schaffen Freiräume für unternehmerisches Handeln. Kreativität und Unternehmergeist dürfen nicht in Bürokratie ersticken!

Wir werden:

1. Das bürokratische Dickicht weiter lichten.
2. Die Anzahl der brandenburgischen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften halbieren, den Rest vereinfachen.
3. Neue Gesetze und Verordnungen zeitlich befristen.

4. Staatliche Aufgaben verstärkt an private Unternehmen vergeben.
5. Genehmigungsverfahren weiter konsequent vereinfachen und Investitionshindernisse beseitigen.
6. Für eine bürger- und unternehmerfreundliche Verwaltung sorgen.
7. Dienstleistungen des Landes verstärkt über das Internet anbieten.
8. Bei der Landesregierung eine „Servicestelle bürgerfreundlicher Staat“ einrichten, wo Bürger und Institutionen ihren Unmut über besonders umständliche und langwierige Verwaltungsverfahren und bürokratische Hemmnisse loswerden können, um Veränderungen zu erzielen.

Aufbau Ost muß an Schwung gewinnen!

Seitdem Bundeskanzler Schröder den Aufbau Ost zur „Chefsache“ erklärt hat, geht die Schere zwischen Ost und West wieder auseinander. Um diesen Prozeß umzukehren, brauchen wir in den neuen Ländern mehr Freiräume für Wachstum, Beschäftigung und Produktivität. Wichtige Schritte auf diesem Wege sind der Bürokratieabbau einschließlich der Deregulierung des Arbeits-, Bau- und Planungsrechts sowie die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und die Senkung der Lohnnebenkosten.

Sinnvolle Initiativen, die beispielsweise im planerischen oder steuerlichen Bereich zeitlich begrenzte Ausnahmeregelungen für den Osten Deutschlands ermöglichen, werden wir unterstützen.

Wir fordern vom Bund und von der Europäischen Union die Beibehaltung bisheriger Förderungen und Absprachen, vor allem was den weiteren Auf- und Ausbau der Infrastruktur in Brandenburg anbelangt.

Für neue Wege in der Arbeitsmarktpolitik.

Zentrales Ziel ist es, die Chancen von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern auf dem ersten Arbeitsmarkt zu verbessern, insbesondere durch intensivere Beratung und Betreuung. Auch setzen wir uns für neue Anreize zur Förderung der Leistungsbereitschaft ein.

Das beinhaltet unter anderem bessere Hinzuverdienstmöglichkeiten für Hilfebezieher und die Förderung des Niedriglohnbereiches. Wir wollen den Anreiz, wieder zu arbeiten, erhöhen. Unser Ansatz: Keine Finanzierung des „Nichtstuns“ - Ausrichtung auf Lohnzuschuß statt Lohnersatz. Entsprechende Initiativen auf Bundesebene werden wir aktiv fördern und unterstützen.

Wir werden uns dafür einsetzen, daß betriebliche Bündnisse für Arbeit und beschäftigungssichernde Betriebsvereinbarungen gesetzlich abgesichert werden.

Wir werden den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt stärker fördern. Durch arbeitsmarkt- und betriebsnahe Qualifizierungsmaßnahmen wollen wir insbesondere Jugendliche, Sozialhilfeempfänger und Langzeitarbeitslose für den ersten Arbeitsmarkt fit machen.

Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik gehören zusammen. Deshalb werden wir diese künftig in einem Ministerium zusammenfassen.

Straßen bauen und erhalten. Innenstädte beleben.

Verkehrswege sind Lebensadern für unser Land. Ausbau und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur müssen deshalb beschleunigt werden.

Wir wollen:

1. Den Bau und die schnellstmögliche Inbetriebnahme des Flughafens Berlin-Brandenburg-International (BBI) und dessen leistungsstarke Vernetzung mit anderen Verkehrsträgern. - Belastungen für die Bevölkerung müssen so gering wie möglich gehalten werden.
2. Den zügigen Aus- und Neubau der Verkehrswege - insbesondere zum Nachbarland Polen.
3. Daß für brandenburgische Verkehrsprojekte des Bundesverkehrswegeplans die Finanzierung sichergestellt wird.
4. Den Neubau der Bundesautobahnen 14 (Prignitz-Trasse) und 16 (Lausitz-Trasse) sowie den Ausbau der Bundesfernstraßen.
5. Den Öffentlichen Personennahverkehr auch in den Randregionen des Landes dauerhaft sichern.
6. Den zügigen Ausbau der Wasserwege in Brandenburg.
7. Sonderregelungen für die neuen Länder, wie das beschleunigte Genehmigungsverfahren, über das Jahr 2006 hinaus erhalten.
8. Zum bedarfsgerechten Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur die private Finanzierung und Vorfinanzierung nutzen.

Mit Hilfe des Stadtumbaus wollen wir unsere Innenstädte lebens- und liebenswerter gestalten. Wir setzen uns dafür ein, daß alle Gelder, die vom Bund für den Stadtumbau bereitgestellt werden, durch das Land kofinanziert werden und vorrangig mit dem Ziel der Belebung der Innenstädte eingesetzt werden. Die Sanierung der Innenstädte und die Wohnumfeldverbesserung mittels Förderung der Stadterneuerung müssen fortgeführt werden.

Wir setzen uns nachdrücklich für den Wiederaufbau historischer Stadtkerne, Dorfanlagen und die Erhaltung der Denkmale ein, weil sie unsere Geschichte begreifbar machen und den Kulturtourismus fördern.

Natur- und Denkmalschutz- sowie Bauvorschriften dürfen keine Investitionsbremsen sein. Genehmigungsverfahren bei Bauanträgen von Investoren werden wir weiter beschleunigen. Genehmigungsgebühren sind dem tatsächlichen Aufwand anzupassen.

Mit Energie in die Zukunft!

Die Energiebranche als Ganzes steht für 15.000 Arbeitsplätze im Land. Wir verstehen uns als Partner dieser Branche. Das Rückgrat der Energieerzeugung in Brandenburg und der wirtschaftlichen Entwicklung in der Niederlausitz bildet dabei die Verstromung der heimischen Braunkohle. Wir werden uns für den Erhalt vorhandener und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in dieser Branche stark machen.

Besonderes Augenmerk werden wir den einheimischen erneuerbaren Energieträgern schenken. Wir wollen den Anteil erneuerbarer Energieträger am Primärenergieverbrauch Brandenburgs bis 2012 deutlich steigern, halten aber die einseitige Konzentration auf die Windenergie für falsch. Wir setzen auf einen Mix regenerativer Energieerzeugung, unter effizienter Nutzung aller lokal verfügbaren Ressourcen - wie Biomasse, beispielsweise Holz, Sonne, Wasser und Erdwärme. Die weitere „Verspargelung“ der Landschaft durch Windräder muß mit allen rechtlich zulässigen Mitteln verhindert werden. Die Errichtung von Windkraftanlagen gegen den Willen der Kommunen lehnen wir ab.

Aufschwung durch Wissenschaft, Forschung und Innovation!

Wissenschaft, Forschung und Innovation haben für uns Priorität. Durch sie entstehen die Unternehmen und Arbeitsplätze von morgen. Neue Produkte, neue Ideen schaffen die Voraussetzungen zur Sicherung vorhandener und Schaffung neuer qualifizierter Arbeitsplätze.

Unser Ziel ist es, die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Forschung mit der Wirtschaft, insbesondere für marktfähige Produkte und Dienstleistungen, weiter zu verbessern.

Wir stehen für eine vielfältige Hochschullandschaft mit zukunftsorientierten Studienangeboten und innovativer Forschung.

Wir haben uns vorgenommen:

1. Spitzenforschung und technologische Neuerungen gezielt zu fördern.
2. Die Hochschulen in ihrer Autonomie weiter zu stärken - beispielsweise durch Liegenschaftsübertragung und Bauherrenfunktion der Hochschulen.
3. Die finanzielle Planungssicherheit für die Hochschulen zu erhalten, auszubauen und dabei das Brandenburger Modell der leistungsorientierten Hochschulfinanzierung kontinuierlich weiterzuentwickeln.
4. Hochqualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchs für Brandenburg zu werben.
5. Die durchschnittlichen Studienzeiten zu verkürzen.
6. Uns bundesweit für ein neues, sozial ausgewogenes Modell der Studienfinanzierung einzusetzen.
7. Bestehende Instrumente weiterzuentwickeln und neue zu schaffen, um Ausgründungen aus Hochschulen zu befördern und die Patentverwertung anzukurbeln.

Kunst und Kultur - Standortplus für Brandenburg!

Kunst und Kultur bestimmen in hohem Maße die Lebensqualität in unserem Land, stiften Identität und Heimatgefühl. Sie bestimmen auch zunehmend die Attraktivität eines Wirtschaftsstandortes.

Wir Brandenburger können stolz sein auf das kulturelle Erbe und den reichen Bestand an Schlössern, Parks und Gärten der preußischen Hochkultur oder die beeindruckenden Kirchen. Wir wollen die Vielfalt der Theater-, Konzert-, der freien Kultur oder der Museen in allen Teilen des Landes sicherstellen. Dazu gehören selbstverständlich auch die Musikschulen.

Wir fördern Kooperationen der Theater und Orchester, um an vielen Spielorten das bestmögliche Angebot zu gewährleisten.

Die Bibliotheken des Landes mit ihren über drei Millionen Lesern erfüllen einen unschätzbaren Bildungsauftrag und bedürfen deshalb besonderer Würdigung und stetiger Förderung.

Tourismus fördern und ausbauen!

Der Tourismus ist und bleibt eine wichtige Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Schönheit der Natur und die kulturelle Vielfalt im Land bieten gute Chancen, noch mehr Gäste zu werben.

Wir wollen Brandenburg als Urlaubsland noch attraktiver machen. Wir setzen dabei auf eine weitere qualitative Verbesserung der touristischen Angebote und Dienstleistungen. Dazu gehört eine Tourismusmarketingstrategie, die die Regionen und das Land gleichsam vermarktet.

Der naturbezogene Tourismus ist als fester Bestandteil des Tourismuskonzeptes weiterzuentwickeln. Brandenburg verfügt zudem über großes Potential, sich auch zu einem attraktiven Gesundheitsland zu entwickeln.

Die Belange der Tourismuswirtschaft müssen bei der Umsetzung von Zielvorstellungen des Naturschutzes berücksichtigt werden. - Naturschutz aus rein ideologischen Gründen darf es nicht geben.

Wir wollen:

1. Die mittelständisch geprägte Tourismuswirtschaft von Bürokratie entlasten.
2. Für eine bessere touristische Beschilderung an Bundesfernstraßen und Bundesautobahnen sorgen.
3. Grenzüberschreitende Tourismusprojekte fördern.
4. Den Wassertourismus ausbauen und exemplarisch überregional vernetzte Projekte wie die Wassertourismusinitiative Nordbrandenburg (WIN) fördern.

Medienlandschaft weiter ausbauen!

In Brandenburg befindet sich die Wiege der deutschen Filmindustrie. Mit der Medienstadt Babelsberg verfügen wir Brandenburger über das Potential eines führenden nationalen und europäischen Filmzentrums.

Wir wollen:

1. Die Vielfalt der Medienlandschaft erhalten und weiterentwickeln.
2. Brandenburg mit den Filmstudios in Babelsberg als Filmproduktionsstätte national und international noch besser positionieren.
3. Die Filmförderung mindestens auf jetzigem Niveau beibehalten, so daß weiterhin neue Filmproduktionen nach Brandenburg geholt werden können.
4. Wichtige Veranstaltungen, wie das Filmfestival des Osteuropäischen Films und das internationale Filmfestival „Sehsüchte“ der Hochschule für Film und Fernsehen, weiter fördern und unterstützen und die steuerlichen Bedingungen zugunsten nationaler Filmproduktionen verbessern.
5. Sicherstellen, daß sich die Brandenburger aller Regionen in den Hörfunk- und Fernsehprogrammen des RBB wiederfinden und ihre Belange ausreichend berücksichtigt werden.
6. Rundfunkgebührenerhöhungen sind zu begrenzen.
7. Rahmenbedingungen so verbessern, daß den Lokalsendern ein fairer Wettbewerb ermöglicht wird.

II. Wir machen Schule!

Wir wollen, daß unsere Schülerinnen und Schüler so schnell wie möglich bessere Bildungschancen erhalten. Denn in den Klassenräumen entscheidet sich die Zukunft unserer Kinder.

Alle bisherigen Bildungsstudien (TIMSS, PISA und jüngst IGLU) haben der brandenburgischen Bildungspolitik im Ergebnis ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Besonders dramatisch sieht es bei den Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen aus. Aber auch bei den sozialen Kompetenzen wie Disziplin, Fleiß und Ordnung gibt es Defizite.

Schuld an der Bildungsmisere sind die falschen Weichenstellungen der 90er Jahre. Noten und Prüfungen wurden teilweise abgeschafft, Unterricht gestrichen. Auf Leistung wurde kein Wert gelegt. Die „Kuschelpädagogik“ hat Schüler, Lehrer und Eltern tief verunsichert und vielfach Chancen für Beruf und Leben stark beeinträchtigt.

Diesen Irrweg haben wir nach Eintritt in die Landesregierung 1999 beendet. Wir machen Schule für Kinder! Ideologie hat in der Schulpolitik nichts zu suchen.

Jedes Kind ist einzigartig. Jedes Kind hat unterschiedliche Begabungen, Stärken und Fähigkeiten. Deshalb brauchen wir Schulvielfalt und keine Einheitsschule. Die Form der Schulen ergibt sich aus deren Inhalten und Zielen, nicht andersherum.

Menschen mit unterschiedlichen Begabungen brauchen unterschiedliche Bildungsangebote. Hierzu gehört, die Angebote der Förderschulen zu verbessern. Dazu gehört aber auch, leistungsstarke Schüler entsprechend zu fordern, sonst verkümmern Talente, die dringend gebraucht werden. Wir brauchen mehr Anforderungen und mehr Leistung in der Schule.

Es gibt keine Bildung ohne Erziehung und keine Erziehung ohne Werte. Erziehung muß Selbstvertrauen vermitteln, aber auch klare Maßstäbe setzen. Die Lehrerinnen und Lehrer müssen Disziplin und Ordnung an den Schulen durchsetzen. Die notwendigen Veränderungen werden wir gemeinsam mit den Lehrern, Eltern und Schülern auf den Weg bringen.

Wir halten am bewährten System der dualen Ausbildung fest und werden dieses erfolgreiche Modell sichern und weiterentwickeln. Die Berufsschule muß eine Aufwertung unter anderem dadurch erfahren, daß die schulischen Noten gleichberechtigt Bestandteil der Abschlußzeugnisse werden. Auch muß die Organisation des schulischen Teils der dualen Ausbildung besser auf die Anforderungen der Betriebe abgestimmt werden. Die Ausbildungszeit ist zu verkürzen, wenn es das Berufsbild zuläßt.

Eltern tragen Verantwortung dafür, ihren Kindern Höflichkeit und Achtung im Umgang mit anderen zu vermitteln. Die Wertebasis wird in der Familie gelegt. Diese muß in der Schule gefestigt werden.

Wir wollen:

1. Keine Experimente mehr!
2. Klare Vorgaben und Verlässlichkeit für alle.
3. Schulvielfalt statt Einheitsschule.
4. Unterricht in der Klasse statt im Kurssystem.
5. Stärkung des Klassenleiters.
6. Unterrichtsausfall reduzieren.
7. 12 Jahre Abitur. Flächendeckend.
8. Durchgehende Benotung von der 1. Klasse an.
9. Kopfnoten: Betragen, Fleiß, Mitarbeit, Ordnung, Sozialverhalten.
10. Untereinander abgestimmte, bildungsgangbezogene Lehrpläne mit klar formulierten Inhalten und Zielen.
11. Mehr Unterricht in Deutsch, Mathematik und den Naturwissenschaften.
12. Echtes Wahlrecht auf Religionsunterricht.

13. Ganztagsangebote für Schüler auf freiwilliger Basis. - Verpflichtende Ganztagschulen lehnen wir ab.
14. Verbindliche Frühförderung in der Kita und eine bessere Verbindung zwischen Kita und Grundschule.
15. Frühsprachliche Förderung in der Kita/ im Vorschulalter.
16. Frühzeitige, gezielte Förderung besonders begabter Jungen und Mädchen in Spezialklassen und Spezialschulen.
17. Stärkere praxisorientierte Bildung für Schüler mit praktischer Begabung.
18. Entschlossenes Vorgehen gegen Schulschwänzen.
19. Verbesserung der Kommunikation zwischen Schule und Elternhaus, Lehrern und Eltern.
20. Ausbildung und Einsatz von Konfliktlotsen, um Konflikte so frühzeitig wie möglich und friedlich zu lösen.
21. Verstärkte Zusammenarbeit zwischen Schule, Eltern, Polizei und Jugendamt, um Kriminalität und Drogen an unseren Schulen keine Chance zu geben.
22. Mehr Entscheidungskompetenz in die Schule verlagern.
23. Für die Schulen leistungsorientierte Qualitätssicherungssysteme entwickeln und einführen. Eine regelmäßige Überprüfung ist sicherzustellen.

Dies wollen wir in folgender übersichtlicher Schulstruktur umsetzen, die sich am erfolgreichen sächsischen Schulmodell orientiert:

Die vier- bzw. sechsjährige Grundschule bereitet auf die weiterführenden Schulen vor. Die Klassen 5 und 6 dienen den Schülerinnen und Schülern als Orientierungsstufe.

An die Grundschule soll sich die neue Schulform der brandenburgischen Erweiterten Realschule anschließen, die ab Klasse 7 beginnt. Die Erweiterte Realschule vereint unter einem Schuldach zwei Bildungsgänge und Bildungsabschlüsse - den Hauptschulabschluß nach Klasse 9 und den Realschulabschluß nach Klasse 10. Für jeden Bildungsgang wird es gesonderte Lehrpläne und zentrale Prüfungen am Ende der Schulzeit geben. Der Unterricht erfolgt in der Regel im Klassenverband.

Die brandenburgischen Gymnasien laufen parallel als eigene Schulform weiter. Das Abitur wird flächendeckend nach 12 erfolgreichen Schuljahren abgelegt. Der Wechsel auf das Gymnasium erfolgt regelmäßig nach Klasse 4. Die Leistungsprofilklassen (sogenanntes „4+8-Modell“) werden - mit der erforderlichen Stundenzahl der Kultusministerkonferenz - zum Regelfall.

Der Unterricht im Klassenverband mit verbindlicher Stundentafel hat Vorrang vor jeder Arbeit in Kursen. Die Fächer müssen durchgehend unterrichtet werden. Unterbrechungen, bei denen zum Beispiel ein Schuljahr lang kein Physikunterricht stattfindet, darf es nicht mehr geben.

Die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schulformen wird gewährleistet, das heißt, daß die Schüler bei Unter- bzw. Überforderung zwischen den Bildungsgängen und Schulen wechseln können.

Die Gesamtschulen werden in die neue leistungs- und begabungsgerechte Schulstruktur überführt.

Wir stehen zum bewährten Realschulbildungsgang und werden dessen Fortbestand gewährleisten. Wir wollen, daß der Kern der erfolgreichen und nachgefragten Realschulbildung auf die Fläche Brandenburgs erweitert wird.

Wir halten an der Differenzierung nach Leistung und individueller Begabung im gegliederten Schulwesen fest. Begabungsgerechtes Fordern und Fördern, Wertevermittlung bei gleichzeitiger Bildung und Erziehung sind für uns die Säulen einer qualitativ hohen Schulbildung.

Lebenslanges Lernen ist Voraussetzung für berufliches und persönliches Fortkommen. Dazu ist es notwendig, eine anteilige Landesfinanzierung der Weiterbildung zu sichern.

III. Für Jung und Alt: Sicherheit.

In keinem anderen Bereich hat Brandenburg seit 1999 solche Fortschritte gemacht wie bei der Inneren Sicherheit. Das bestätigt auch die Bertelsmann-Studie zum Standortvergleich der Bundesländer 2003. Diesen erfolgreichen Kurs werden wir fortsetzen.

Innere Sicherheit verträgt keine Experimente. Jede Verharmlosung von Rechtsverstößen erschüttert das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat. Ladendiebstahl oder Schwarzfahren sind keine Bagatelldelikte. Straftat bleibt Straftat!

Wir wollen, daß junge und ältere Bürger in Brandenburg ohne Angst vor Gewalt und Verbrechen leben können. Wir wollen, daß sie sich zu jeder Tages- und Nachtzeit sicher fühlen. Ihr Schutz ist der Maßstab unseres Handelns. Polizei und Justiz sind für uns Partner - und keine Gegner.

Videoüberwachungen an gefährlichen Orten sollen wegen der guten Aufklärungserfolge und der hohen Akzeptanz bei der Bevölkerung über den befristeten Ablauf bis 2005 hinaus fortgesetzt und qualitativ durch grundsätzlich permanente Aufzeichnung ausgebaut werden.

Unser Grundsatz: Null Toleranz gegenüber jeder Form von Kriminalität. Gegen Graffiti-Schmierereien werden wir konsequent vorgehen. Wir werden alles daran setzen, daß diese Schmierereien endlich als strafbares Handeln geahndet werden, was Rot-Grün in Berlin bislang verhindert hat.

Wer sich an Kindern vergreift, muß die ganze Härte des Gesetzes erfahren. Nicht therapierbare Täter gehören nach Verbüßung ihrer Strafe in Sicherungsverwahrung. Den Mißbrauch des Internets - beispielsweise durch Kinderpornographie - werden wir schonungslos ahnden.

Der Gewalt auf Schulhöfen werden wir gezielt begegnen. Sicherheitspartnerschaften zwischen den Schulen und der Polizei sind dazu ein geeigneter Weg. Wir wollen, daß alle Träger die Präventionsarbeit intensivieren.

Für mehr Sicherheit im Straßenverkehr.

Wir setzen uns für mehr Verkehrssicherheit und eine verbesserte Verkehrserziehung an brandenburgischen Schulen ein.

Wir wollen eine verpflichtende zweite Ausbildungsphase nach Erhalt der Fahrerlaubnis. Sie trägt zur Gefahrenprävention bei. Diese zweite Ausbildungsphase - nach einem Jahr Führerscheinbesitz - muß ein Fahrsicherheitstraining beinhalten.

Darüber hinaus sprechen wir uns für die Einführung der ganztägigen Lichtpflicht und ein generelles Alkoholverbot aus.

Keine Macht den Drogen!

Drogen zerstören Leben. Drogenmißbrauch muß von allen gesellschaftlichen Gruppen geächtet werden. Eine Legalisierung sogenannter „weicher“ Drogen lehnen wir ebenso wie die Einrichtung von „Fixerstuben“ ab. Die polizeilichen Kontrollen gegen Drogenhandel, insbesondere innerhalb und im Umfeld von Jugendeinrichtungen, wie Schulen und Diskotheken, werden wir verstärken.

Unser Prinzip: Härte gegen Dealer. Hilfe für Süchtige. Drogenabhängige brauchen besondere Hilfsangebote. Hierzu zählen auch Vertrauensärzte.

Keine Privilegien für Straftäter.

Die Strafe muß der Tat auf dem Fuße folgen. Das wirksame System beschleunigter Verfahren ist deshalb auszubauen.

Bestrebungen, das System der Strafaussetzung zur Bewährung auszuweiten, erteilen wir eine klare Absage. Eine Ausweitung der Strafaussetzung zur Bewährung ist der Allgemeinheit nicht zuzumuten und würde von den Opfern als Hohn empfunden werden.

Für Jugendliche muß es in besonders schweren Fällen die Möglichkeit einer geschlossenen Heimunterbringung geben.

Die hohe Zahl heranwachsender Intensivtäter (18 bis 21 Jahre) und besonders der Gewalttäter verlangt eine Verschärfung des Strafrahmens im Jugendstrafrecht. Wir wollen, daß die Gerichte zum Beispiel bei Mordtaten eine Jugendstrafe von bis zu 15 Jahren für Heranwachsende verhängen können.

Wir treten ein für eine gesetzliche Klarstellung, daß für Heranwachsende die Anwendung des allgemeinen Strafrechtes der Normalfall, die des Jugendstrafrechtes die besonders zu begründende Ausnahme ist.

Gerade bei jungen Straftätern muß die erzieherische Maßnahme der Tat auf dem Fuße folgen. Deshalb soll das „beschleunigte Verfahren“ auch für Jugendliche zugelassen werden.

Der Richter sollte neben einer Bewährungsstrafe auch Jugendarrest anordnen können, da oft eine zur Bewährung ausgesetzte Jugendstrafe als Bestrafung kaum wahrgenommen wird. Bei gleichzeitiger Anordnung eines Jugendarrestes - sogenannter „Warnschußarrest“ - wird Jugendlichen unmißverständlich der Ernst der Lage vor Augen geführt. Die Strafbarkeitslücke zwischen Jugendarrest (bis maximal vier Wochen) und Jugendstrafe (ab sechs Monaten) muß geschlossen werden.

Wir fordern darüber hinaus die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von herkömmlichen Fingerabdrücken und genetischen Fingerabdrücken. Dadurch können Tatverdächtige besser überführt beziehungsweise kann ihre Unschuld bewiesen werden.

Die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität werden wir weiterhin konsequent fortführen. Wir wollen den Verfassungsschutz dazu mit heranziehen.

Gegen den Mißbrauch des Asylrechts werden wir konsequent vorgehen und gerichtlich angeordnete Maßnahmen umsetzen.

Opferschutz hat Vorrang.

Wir wollen, daß die Opfer und ihre Angehörigen frühzeitig begleitende Unterstützung durch Einrichtungen der Opferhilfe erfahren. Wir wollen die Bearbeitungszeit für Entschädigungsansprüche nach dem Opferentschädigungsgesetz verkürzen. Auch bei jugendlichen Straftätern muß für Opfer die Nebenklage möglich sein.

Für ein tolerantes Brandenburg. Politischen Extremismus weiter entschlossen bekämpfen.

Haß, Gewalt und Intoleranz haben vielfältige Ursachen - dennoch darf es den Tätern gegenüber keine Nachsicht geben. Vielfältige gesellschaftliche Gruppierungen und die Polizei werden vorbeugend tätig. Dennoch sind aktive Maßnahmen unabdingbar. Der Einsatz von TOME (Täterorientierte Maßnahmen gegen Extremismus und Gewalt) und MEGA (Mobile Einsatzgruppe gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit) haben die „Szene“ nachhaltig verunsichert. Diese Maßnahmen müssen weitergeführt werden.

Um „Aufzüge“ von Extremisten hinreichend verhindern zu können, treten wir für eine Ausdehnung der Regelungen über befriedete Bezirke ein. - Der Rechtsstaat darf Extremisten keine medienwirksame Kulisse bieten!

Polizei und Justiz können Sicherheit und Ordnung nicht alleine gewährleisten. Sie brauchen Partner in der Gesellschaft. Der Landespräventionsrat Sicherheits-offensive Brandenburg leistet in diesem Bereich eine Arbeit, die unverzichtbar ist. Wir werden die Kriminalpräventiven Räte und Sicherheitspartnerschaften stärken und ausbauen sowie bürgerschaftliches Engagement fördern.

Wir unterstützen das Modell der Jugendrechtshäuser.

Gerichtsverfahren beschleunigen!

Wir werden uns dafür einsetzen, daß:

1. Die Brandenburger schnell zu ihrem Recht kommen. Wir streben an, die Verfahrenslaufzeiten bei Verwaltungsgerichtsverfahren bis zum erstinstanzlichen Urteil zu halbieren.
2. Zivilrechtliche Ansprüche zeitnah durchsetzbar sind.
3. Die Justiz auf allen Feldern weiter zügig modernisiert wird.

Wir streben an, das Justizministerium zu einem „Rechtspflegeministerium“ fortzuentwickeln, in dem die Zuständigkeit für alle Gerichtszweige, auch für die Sozial- und die Arbeitsgerichtsbarkeit, gebündelt sind.

IV. Zuhause in Brandenburg.

Wir wollen ein Land des fairen Miteinanders und des sozialen Ausgleichs. Wir setzen auf Solidarität, Partnerschaft und Verantwortung ebenso wie auf einen leistungsfähigen Sozialstaat.

Wir möchten, daß sich in Brandenburg jeder wohl und geborgen fühlen kann. Ehe und Familie liegen uns dabei besonders am Herzen.

Wir wollen ein kinder- und familienfreundliches Brandenburg.

Perspektiven schaffen - Abwanderung stoppen!

Die beste Politik, um Abwanderung zu verhindern, ist eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, die für sichere Ausbildungs- und Arbeitsplätze sorgt.

Gemeinsam mit der Wirtschaft wollen wir erreichen, daß jeder brandenburgische Schulabgänger einen Ausbildungsplatz erhält. Wer Ausbildungsplätze erhalten und neue schaffen will, muß die Betriebe stärken. Erreichen kann man das vor allem dadurch, indem man die Betriebe von zusätzlichen Kosten und Bürokratie verschont. Aus diesem Grund lehnen wir die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe ab.

Kinder und Jugendliche fordern und fördern.

Wir wollen Kinder und Jugendliche fordern und fördern und setzen uns dafür ein, daß sinnvolle Freizeiteinrichtungen und Jugendarbeit, wie sie zum Beispiel im Sport, in der Kultur und den Jugendfeuerwehren geleistet wird, erhalten bleiben. Für besonders vordringlich erachten wir, den allgemeinen Zugang zu den Sportstätten sicherzustellen.

Wir setzen uns dafür ein, daß:

1. Verstärkt in den Kommunen - also vor Ort - entschieden werden kann, wohin Fördermittel für Kinder- und Jugendangebote fließen sollen.
2. Ehrenamtliches Engagement, zum Beispiel durch die Jugendleiter-Card, gestärkt wird.
3. Die Arbeit der Jugendämter effektiver und qualifizierter gestaltet wird.

Vorfahrt für Familien und Kinder!

Familien und Kinder sind die Zukunft unseres Landes. Wir ermutigen die Menschen, sich für ein Leben in der Familie und für Kinder zu entscheiden. Berufstätigkeit und Familienarbeit sind für uns gleichwertig.

Gerade in der ersten Lebensphase benötigen Kinder besonders viel Liebe und Zuwendung durch ihre Eltern. Auch ein noch so gutes Betreuungsangebot kann eine intakte Familie nicht ersetzen, geschweige denn sie von ihrer Erziehungspflicht und Wertevermittlung entbinden.

Wir wissen, daß die gleichzeitige Berufstätigkeit beider Partner das bestimmende Lebensmodell in Brandenburg ist. Familie und Beruf müssen miteinander vereinbar sein. Deshalb treten wir für ein vielfältiges, am Bedarf und am Elternwillen orientiertes Betreuungsangebot ein: unter anderem für Elterninitiativen, Tagesmütter, Kindergärten - aber auch Krippenplätze, Ganztagschulen und Horte. Flexible und qualitativ gute Angebote, die sowohl der Entwicklung, Förderung und Bildung eines jeden Kindes dienen, sind unabdingbar.

Wir appellieren an die öffentliche und private Unternehmerschaft in Brandenburg, Familien mit Kindern im beruflichen Alltag eine faire Chance zu geben und ihren Beitrag zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu leisten.

Wir wollen:

1. Den Erhalt der Beratungs- und Hilfsangebote für Familien und Alleinerziehende. Wir setzen uns dabei insbesondere für den Erhalt der Frauenhäuser als Zufluchtsstätte für Frauen und Kinder ein.
2. Eine familienfreundliche Umgestaltung des Steuerrechts bei Erhalt des Ehegattensplitting.
3. Ein Familienfördergesetz, in dem nach Möglichkeit alle familienpolitischen Leistungen transparent zusammengeführt werden.

Es bleibt für uns eine wesentliche Zielstellung, die fachliche Ausbildung von staatlich anerkannten Erzieherinnen und Erziehern zu intensivieren und verbindliche Standards zu schaffen.

Geborgenheit für Jung und Alt. - Lebensleistung anerkennen!

Fast jeder fünfte Brandenburger ist heute 65 Jahre oder älter - viele sind bis ins hohe Alter gesund und geistig rege. Es gibt aber auch ältere Menschen, die vereinsamen, weil sie allein, krank oder behindert sind oder keine Angehörigen mehr haben. Ihnen gilt unser besonderes Augenmerk. Wer alt ist, darf nicht einsam sein!

Es gilt, die Selbständigkeit und Unabhängigkeit älterer Menschen soweit wie möglich zu wahren bzw. zu fördern. Dazu gehört für uns die Einbindung in familiäre, nachbarschaftliche und gesellschaftliche Strukturen ebenso wie die Bereitstellung eines ausreichenden, qualitativ angemessenen und an den Bedürfnissen der älteren Menschen ausgerichteten Angebotes an pflegerischer Infrastruktur und ergänzenden Diensten. Auf die weitere Entwicklung betreuter Wohnformen ist ein besonderes Augenmerk zu legen.

Wir wollen, daß Pflegebedürftige so lange wie möglich in ihrer häuslichen Umgebung verbleiben können. Aus diesem Grund hat für uns die häusliche Pflege und ambulante Versorgung Vorrang vor der stationären Betreuung.

In der Familie übernehmen die Generationen Verantwortung füreinander. Familien, die - in der Regel nach der Erziehungsleistung für ihre Kinder - die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger übernehmen, verdienen die Anerkennung und Unterstützung von Politik und Gesellschaft. Wenn im Alter Hilfe benötigt wird, müssen zuallererst die Kinder - wenn sie dazu in der Lage sind - für ihre Eltern da sein und im Rahmen des Generationenvertrages füreinander sorgen.

Wir treten gegen jede Form der Altersdiskriminierung auf, sei es am Arbeitsplatz, in der medizinischen Versorgung oder im Banken- und Versicherungswesen. Wir wehren uns gegen die Tendenz, ältere Mitbürger immer früher aus der gesellschaftlichen Verantwortung „auszugliedern“. Mit der Vergeudung von Wissen und Erfahrung durch erzwungenen vorzeitigen beruflichen Ruhestand muß Schluß sein.

Wir wollen:

1. Das Bewußtsein für die Lebensleistungen und den Wert des Erfahrungsschatzes älterer Menschen schärfen und den Dialog zwischen Jung und Alt befördern.
2. Ältere Menschen ermuntern, auf allen politischen Ebenen Verantwortung zu übernehmen und sich generationenübergreifend - zum Beispiel in der Schülerhilfe und den Seniorenpartnerschaften - zu engagieren.
3. Längere Lebensarbeitszeiten durch flexible Regelungen zum Übergang in den Ruhestand ermöglichen.

Gesundheit muß bezahlbar bleiben!

Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, für ein funktionierendes, leistungsfähiges und für alle bezahlbares Gesundheitswesen zu sorgen. Der Patient muß im Mittelpunkt aller Bemühungen stehen! Darüber hinaus ist für uns das Gesundheitswesen einer der größten Wirtschafts- und Wachstumsfaktoren in Brandenburg.

Das, was medizinisch notwendig ist, muß auch künftig tatsächlich geleistet werden. Die Inanspruchnahme medizinisch notwendiger Leistungen darf keine Frage des Geldbeutels oder des Alters sein.

Im ländlichen Raum ist die ärztliche Versorgung auch und gerade durch Maßnahmen der Existenzgründeroffensive zu gewährleisten. Land und Kommunen sind gefordert, durch geeignete Hilfen Ärzte und ärztliche Selbstverwaltungen bei der Eröffnung und Wiedereröffnung von Praxen zu unterstützen.

Wir setzen uns für den Erhalt einer flächendeckenden stationären Versorgung in allen Grundfachrichtungen der Medizin - Innere Medizin, Chirurgie, Frauen- und Kinderheilkunde - sowie für den Zugang aller Brandenburger zur stationären regionalen spezialisierten Betreuung ein. Besondere Aufmerksamkeit widmen wir der Vollendung des Investitionsprogramms im Krankenhaussektor.

Darüber hinaus fordern wir:

1. Weniger Bürokratie in den Sprechzimmern!
2. Erhalt der freien Arztwahl und der ärztlichen Selbstverwaltungskörperschaften.
3. Verstärkte Zusammenarbeit des ambulanten und stationären Sektors zur Verbesserung der Patientenversorgung.
4. Gewährleistung eines freiheitlichen und wettbewerbsorientierten Gesundheitssystems mit gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen.
5. Den sparsamen Umgang mit den Versichertenbeiträgen. Neben der Verringerung der Verwaltungsausgaben bedarf auch die Struktur der Krankenkassen einer grundlegenden Reform.
6. Mehr gesundheitliche Aufklärung und Prävention am Arbeitsplatz, in den Schulen und den Kommunen.

Faire Chancen für Menschen mit Behinderungen.

Besondere Forderungen sind hierbei an den Ausbau des Nahverkehrs und an barrierefreie Zugangsmöglichkeiten zu öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln jeder Art zu stellen.

Wir treten dafür ein, daß in öffentlichen Verwaltungen und staatlichen Einrichtungen der gesetzlich geforderte Anteil behinderter Frauen und Männer an der Gesamtbeschäftigtenzahl beschäftigt wird.

Eltern müssen wissen, daß die Gesellschaft sie nicht allein läßt, wenn sie ein behindertes Kind betreuen müssen.

Freiwilligenarbeit und Ehrenamt stärken.

Das ehrenamtliche Engagement vieler Bürger trägt zur hohen Lebensqualität in Brandenburg bei. Dieses Engagement zu unterstützen und wo möglich auszuweiten, ist Aufgabe aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte. Wir werden dazu unseren Beitrag leisten.

So engagieren sich beispielsweise rund 50.000 Frauen und Männer in den Freiwilligen Feuerwehren des Landes. Mit ihrem vorbildlichen, aufopferungsvollen Verhalten leisten sie einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit der Menschen. Ohne ihren Einsatz wäre ein flächendeckender Brandschutz in Brandenburg nicht möglich.

Wir unterstützen die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Modernisierung der Ausstattung der Freiwilligen Feuerwehr sowie der Zivil- und Katastrophenschutzverbände und der Wasserrettung.

Wir werden dafür sorgen, daß freiwillige, ehrenamtliche Tätigkeit eine gebührende Würdigung und Anerkennung erfährt. Wir werden den „Stiftergedanken“ weiter befördern.

Um Jugendlichen eine sinnvolle Freizeitgestaltung zu ermöglichen und bei ihnen Teamgeist, Fairneß, Solidarität und Disziplin zu fördern, werden wir uns dafür einsetzen, daß der Sport eine angemessene Berücksichtigung in der Politik findet.

Sport und Vereine - Freizeit in der Gemeinschaft gestalten.

Der Sport mit all seinen Facetten hat für den Erhalt der Gesundheit, die Verbesserung der Lebensqualität und die Wertebildung eine große Bedeutung. Dieser steht für den zahlenmäßig größten freiwilligen Zusammenschluß von Menschen in unserem Lande. Wir stehen dafür, daß die Belange des Sports im politischen Geschehen angemessen berücksichtigt werden und der Sport weiterhin gefördert wird.

Integration ausländischer Mitbürger voranbringen.

Wir wollen ein tolerantes, weltoffenes und gastfreundliches Brandenburg. Die Integration ausländischer Mitbürger ist uns ein besonderes Anliegen.

Wir wollen Zuwanderer sozial und wirtschaftlich integrieren, um Ausgrenzung wirksam zu begegnen. Dies setzt den Willen zur Integration seitens der Zuwanderer voraus. Wir treten für Integrationsprogramme ein, bei denen das Erlernen der deutschen Sprache Pflicht ist.

Wir sagen Ja zur kulturellen Vielfalt - aber als eine Vielfalt, die unsere kulturelle Identität achtet und ergänzt. Das Leitbild der „multikulturellen Zuwanderungsgesellschaft“ lehnen wir ab.

Politik für Heimatvertriebene und Spätaussiedler.

Wir fühlen uns den im Land Brandenburg lebenden, vom Vertreibungsschicksal betroffenen Menschen ebenso wie den zu uns kommenden Spätaussiedlern besonders verbunden. Vertreibung, egal wo und durch wen sie geschieht, ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Die Integration der Spätaussiedler wollen wir deutlich verbessern. Wir setzen uns dafür ein, daß die Sprachförderung auf alle Familienangehörigen ausgedehnt wird.

Das Engagement der Vertriebenenverbände wollen wir stärker unterstützen, als es bisher möglich war. Wir unterstützen die Einrichtung des „Zentrums gegen Vertreibungen“ in der Bundeshauptstadt Berlin.

Christliche Werte geben Halt und Orientierung.

Das Christentum hat unsere gesellschaftliche Entwicklung maßgeblich geprägt. In den christlichen Kirchen und Religionsgemeinschaften sehen wir wichtige Partner. Gemeinsam wollen wir zur Sinngebung und Wertorientierung in unserer Gesellschaft beitragen und den Menschen Halt und Orientierung geben.

Wir wollen, daß Eltern und Schüler zwischen dem Unterrichtsfach Lebensgestaltung, Ethik, Religionskunde und einem gleichberechtigten Fach Religion frei wählen können.

V. Landwirtschaft hat Zukunft!

Rund 900.000 Brandenburger leben im ländlichen Raum. Ihnen gilt unser besonderes Augenmerk.

Die Landwirtschaft mit ihren rund 8.000 Betrieben und 30.000 Beschäftigten muß ein stabiler wirtschaftlicher Faktor im Land bleiben. Sie ist unverzichtbar. Deshalb wird die Landwirtschaftsbranche auch weiterhin in uns einen starken Partner finden.

Wir stehen für eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Land-, Forst und Fischereiwirtschaft ebenso wie für eine naturverträgliche Jagd in Brandenburg.

Wir werden unseren Landwirten helfen, Produktionskosten zu senken und Märkte besser zu erschließen. Was die gemeinsame EU-Agrarpolitik anbelangt, so haben für uns die Interessen brandenburgischer Bauern und Unternehmen oberste Priorität. - Reformen dürfen nicht über die Köpfe der Bauern hinweg, sondern müssen gemeinsam mit ihnen erfolgen.

Wir wollen die ländlichen Räume erhalten und weiterentwickeln. Wir werden uns deshalb intensiv um eine ausreichende öffentliche Infrastruktur - insbesondere eine gute Verkehrsanbindung, eine wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung sowie ausreichend Bildungseinrichtungen und Kultur- und Freizeiteinrichtungen kümmern.

Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, daß:

1. Die Betriebe durch Qualifizierung und Beratung zukunftsfähig gemacht werden.
2. Das Instrument der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete erhalten bleibt.
3. Die Umweltgesetzgebung nicht über EU-Recht und Bundesrecht hinausgeht.
4. Das Waldumbauprogramm an den ökonomischen und ökologischen Anforderungen der Gesellschaft ausgerichtet wird.

Wir stehen für eine naturnahe Bewirtschaftung und artgerechte Tierhaltung. Tiere müssen als Lebewesen und dürfen nicht als bloßes Produktionsmittel behandelt werden. Wir fordern die generelle Weiterentwicklung des Tierschutzes bei den Tierhaltungssystemen und Tiertransporten nach EU-einheitlichen Vorgaben.

Verbraucher wirksam schützen. Kontrolle verbessern.

Für uns gehört der Verbraucherschutz zu den zentralen Aufgaben einer Politik im Dienste der Bürger. Wir wollen Sicherheit und Transparenz - vom Erzeuger bis zum Endverbraucher.

Wir wollen:

1. Einen wirksamen Verbraucherschutz im Lebensmittelbereich. Die Kontroll-dichte ist so zu wählen, daß die Kontrollen vorbeugend wirken.
2. Die Einrichtung eines europaweit funktionierenden Schnellwarnsystems.
3. Praktikable, transparente und EU-einheitliche Kennzeichnungsregelungen und Verbesserung der Futtermittelsicherheit durch Positivliste und offene Deklaration.
4. Fortsetzung der BSE-Bekämpfung und -Forschung sowie europaweit strenge Regelungen im Hinblick auf die Verfütterung von Tiermehl und Tierfetten.
5. Die Gewährleistung der hohen Standards der Lebensmittelsicherheit durch die EU-Beitrittsstaaten.

Wir verstehen die „grüne Gentechnologie“ als eine Chance z.B. zur Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln ebenso wie zur besseren Haltbarkeit der Erzeugnisse. Notwendig ist dazu eine breite Aufklärungsarbeit über Chancen und Risiken der Gentechnologie.

VI. Umwelt- und Naturschutz mit den Menschen.

Unser Prinzip heißt: Kooperation statt Bevormundung.

Umwelt- und Naturschutz sind wichtig, um unsere Landschaft, Fauna und Flora zu erhalten. Dennoch sind Eingriffe notwendig, um unser Land wirtschaftlich weiter zu entwickeln.

Wir bekennen uns daher zum Erhalt und zur Entwicklung der Großschutzgebiete. Es ist unser Bestreben, diese Gebiete zu sichern und entsprechend zu entwickeln. Der Schutz von Landschaft, Pflanzen- und Tierwelt darf aber nicht Selbstzweck sein. Naturschutzvorschriften dürfen sich nicht gegen den Menschen und seine Lebenssphäre auswirken.

Wir wollen die Verwaltung der Großschutzgebiete regionalisieren und in die Verwaltung der Landkreise und Oberförstereien geben. Die Größe der Totalreservate (Flächen ohne Nutzung und mit Zutrittsbeschränkung) an der Landesfläche soll maximal 20.000 ha betragen.

Wir setzen uns für einen nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen ein. Dazu gehört die Erhaltung, Verbesserung und Wiederherstellung der natürlichen Funktionen des Bodens auch durch Entsiegelung, ebenso wie ein sich weitestgehend selbst regulierender Wasserhaushalt. Den CO₂-Ausstoß wollen wir senken. Erneuerbare Energien werden wir weiter fördern.

Wirtschaftlicher Erfolg im Einklang mit Naturschutz ist unsere Devise. Landwirtschaft und Wirtschaft sind Partner des Umwelt- und Naturschutzes. Die Landwirtschaft pflegt und erhält unsere Kulturlandschaft. Der Ausgleich von ökologischen, ökonomischen und sozialen Erfordernissen ist unser Kompaß.

Wir wissen, daß Umwelt und Naturschutz nicht zum Nulltarif zu haben sind. Wir wollen, daß unsere wenigen Mittel dem Schutz und dem Erhalt der Artenvielfalt und der Natur zu Gute kommen. Deshalb mehr Mittel für aktiven Naturschutz und Hochwasserschutz, weniger Mittel für Bürokratie und Bevormundung.

Wir wollen das Jagdrecht dahingegen reformieren, daß die Möglichkeit der Erhebung der Jagdsteuer abgeschafft wird.

VII. Schlanker Staat. Solide Finanzen. Starke Kommunen.

Wir setzen auf einen starken und schlanken Staat.

Wir dürfen nicht auf Kosten nachfolgender Generationen leben. Deshalb sagen wir auch nur das zu, was wirklich zu bezahlen ist. Alles andere wäre unredlich. Das Schuldenmachen kann nicht die Lösung der Probleme sein!

Bei Verringerung der verfügbaren Finanzmittel des Landes, z.B. durch Steuerausfälle oder Verminderung von Fördermitteln, sind vorrangig konsumtive Ausgaben einzuschränken. Investitionen in die Zukunft - wie für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Infrastruktur - müssen absolute Priorität genießen.

Wir werden:

1. Mit einem konsequenten Spar- und Konsolidierungskurs eine zukunftsorientierte Haushaltspolitik betreiben. - Nur so wird die Handlungsfähigkeit auch für die Zukunft erhalten.
2. Alles daran setzen, die Investitionsquote auf hohem Niveau zu halten.
3. Die Solidarpaktmittel konsequent für Investitionen und die Kommunen einsetzen.
4. Die Verwaltung weiter auf die Kernaufgaben reduzieren.
5. Die Zahl der Mitarbeiter in der Landesverwaltung von mehr als 62.000 (Stand 2003) auf unter 50.000 verringern.
6. Alle sinnvollen Einsparmöglichkeiten im Land nutzen, damit die Ausgaben die Einnahmen (ohne Kredite) grundsätzlich nicht übersteigen.

Für starke Städte und Gemeinden.

Mit der Kommunalreform haben wir Voraussetzungen dafür geschaffen, die Leistungsfähigkeit der Städte, Gemeinden und Ämter zu stärken.

Wir wollen, daß die Entscheidungsverantwortung möglichst ortsnah wahrgenommen wird. Wir wenden uns gegen die Aushöhlung der verfassungsmäßig garantierten kommunalen Selbstverwaltung.

Eine wesentliche Voraussetzung für leistungsfähige Kommunen ist deren ausreichende Finanzausstattung. Die Gemeinden und Kreise müssen finanziell in der Lage sein, die ihnen zugewiesenen Aufgaben erfüllen zu können und eigene gestalterische Spielräume besitzen.

Dafür sind die Kommunen durch Aufgabenreduzierung spürbar zu entlasten. Das „Gesetzesdickicht“ muß weiter gelichtet und Überregulierungen müssen abgebaut werden.

Wir wollen, daß die Gemeinden mehr Mittel als bisher direkt und ungebunden erhalten, denn die politisch Verantwortlichen vor Ort wissen am besten, in welchen Bereichen Haushaltsmittel sinnvoll einzusetzen sind. Werden Aufgaben auf die Kommunen übertragen, so müssen sie dafür eine entsprechende Finanzausstattung erhalten. Es gilt der Grundsatz: Wer bestellt, muß auch bezahlen!

Wir werden die Kommunalverfassung novellieren. Insbesondere bedarf es dabei der Änderung der Vorschriften über die wirtschaftliche Betätigung kommunaler Gesellschaften, mit dem Ziel, die unternehmerische Tätigkeit einzugrenzen und die Kontrollmechanismen zu verstärken. Auch das umfangreiche unternehmerische Handeln der Landkreise bedarf der Eingrenzung und Kontrolle.

Der Landesentwicklungsplan und das Landesentwicklungsprogramm sind unverzüglich entsprechend den realistischen Entwicklungschancen und tatsächlichen Rahmenbedingungen zu überarbeiten.

Wir fordern die Direktwahl der Landräte wie bei den vier Oberbürgermeistern unserer kreisfreien Städte. Die Bürger sollen entscheiden, wen sie zum Landrat haben wollen. - Es darf nicht sein, daß das in „Hinterzimmern“ oder „Kungelrunden“ am Bürger vorbei entschieden wird.

VIII. Für ein starkes Brandenburg im Herzen Europas!

Wir begrüßen die Erweiterung der Europäischen Union, die uns Brandenburger weiter in die Mitte Europas rückt. - Die Chancen überwiegen! Die intensiven Beziehungen zu unseren Nachbarländern wollen wir festigen und ausbauen.

Wir werden die Brandenburger Interessen jederzeit wahren und uns dafür stark machen, daß die Bürger in der erweiterten Gemeinschaft ausreichend Schutz und wirtschaftlich keine Nachteile erfahren.

1. Wir werden dafür sorgen, daß Risiken - insbesondere was Arbeitsplätze und Sicherheit anbelangt - begrenzt werden. Unser Augenmerk gilt dabei besonders den brandenburgischen Grenzlandregionen. Die Zusammenarbeit der deutschen und polnischen Polizeibehörden muß weiter ausgebaut werden.
2. Wir treten auch in Zukunft selbstbewußt dafür ein, daß die nationalen und regionalen Zuständigkeiten gewahrt bleiben. Europa muß bürgernah und transparent sein.
3. Wir werden uns dafür stark machen, daß Brandenburg die europäische Strukturförderung weiter auf höchstem Niveau erhält und so Zukunftsinvestitionen getätigt werden können.
4. Wir wollen regionale Wirtschaftsbeziehungen stärken und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Kommunen intensivieren. Deshalb setzen wir uns dafür ein, daß das europäische „Grenzgürtelprogramm“ finanziell deutlich aufgestockt wird.
5. Wir fordern, den Bundesverkehrswegeplan unter dem Bewertungskriterium „Grenzlage zu den Beitrittsländern“ zu überarbeiten und grenzüberschreitende Verkehrsverbindungen verstärkt zu fördern.
6. Wir wollen die deutsch-polnischen Partnerschaftsbeziehungen auf kommunaler und regionaler ebenso wie auf schulischer und sportlicher Ebene festigen und ausbauen. Wir werben für mehr Polnisch-Unterricht insbesondere in den Grenzregionen, Städtepartnerschaftsinitiativen und grenzüberschreitende Kulturprojekte.

7. 60 % des für die Wirtschaft geltenden Rechts kommt heutzutage aus Brüssel. Im Bereich Landwirtschaft und Umweltpolitik sind es sogar über 70 %. Deshalb stehen wir für eine starke Vertretung brandenburgischer Interessen in Brüssel.
8. Wir fördern die Zusammenarbeit mit Polen vor Ort und in Brüssel.

Wir setzen uns für das Erlernen der polnischen Sprache in den grenznahen Regionen schon im frühesten Kindesalter ein.

Für ein gemeinsames Land.

Unser Ziel ist und bleibt ein Zusammengehen der Länder Brandenburg und Berlin.

Ein Zusammengehen beider Länder würde erhebliche Synergieeffekte bringen und die gesamte Wirtschaftsregion im Standortwettbewerb besser positionieren. Auch die innere Sicherheit wäre noch besser zu gewährleisten. Ein gemeinsames Land liegt in der Logik der kulturhistorischen Einheit unserer Region.

Wir wollen, daß das gemeinsame Land „von unten“ wächst und so breite Akzeptanz in der Brandenburger und Berliner Bevölkerung findet. Es darf den Menschen nicht „von oben“ verordnet werden.

Im Zuge einer Länderfusion sind die Interessen der beiden höchst unterschiedlichen Länder auszugleichen. Eine Fusion ist für uns nur vorstellbar, wenn sowohl Berlin als auch Brandenburg über belastbare Länderfinanzen verfügen.

Wir halten am Fusionszeitplan, der für 2006 eine Volksabstimmung und 2009 den Vollzug der Fusion vorsieht, fest. Voraussetzung dafür ist jedoch, daß die vom Land Berlin im November 2002 erklärte extreme Haushaltsnotlage beseitigt ist.

Das gemeinsame Land soll Brandenburg heißen. Die Landeshauptstadt soll Potsdam sein.